Sachsens Politik gegenüber Italien in der Entscheidungsphase des Risorgimento (1859–1861)

Camillo di Barral berichtet aus Frankfurt nach Turin

VON DIETMAR STÜBLER

I.

Am 17. März 1861 verkündete Viktor Emanuel II., König von Sardinien, ein Gesetz, dem zuvor beide Kammern des Turiner Parlaments zugestimmt hatten. Der einzige Artikel lautete: *König Viktor Emanuel II. nimmt für sich und seine Erbfolger den Titel König von Italien an*.[1] Bei der Unterschriftsleistung fügte er hinzu, daß er dies *durch Gottes Gnade und durch den Willen der Nation* sei. Von nun an spielte ein weiterer Nationalstaat seinen Part im Konzert der europäischen Großmächte.

Italien trat als Ergebnis des Ineinandergreifens von dynastischem und Volkskrieg (27. 4.–11. 7. 1859), einer ‚Revolution von oben' im Großherzogtum Toskana, in den Poherzogtümern Modena und Parma und in Teilen des Kirchenstaates (Ende April bis Ende Juli 1859) und einer Revolution im Süden Italiens (‚Zug der Tausend', 5./6. 5.–25. 10. 1860) ins Leben. Am Ende erzwang das Königreich Sardinien einen Kompromiß, auf dessen Fundamenten der neue Staat emporwuchs. Das Königreich Sardinien, dessen Hof im piemontesischen Turin residierte, verwirklichte seinen Führungsanspruch gegenüber den anderen Staaten auf der Apenninenhalbinsel nicht gestützt auf erdrückende territoriale Ausmaße und eine weit überlegene Bevölkerungszahl; auch nicht kraft imponierender Entfaltung seiner Wirtschaft oder einschüchternder Stärke seiner Streitkräfte. Turin zeichnete die Tatsache aus, daß hier eine italienische Dynastie, die Savoyer (Sabauden), herrschte, und zwar unter Anerkennung einer Verfassung, des Albertinischen Statuts vom 4. März 1848; – beides einzigartig in Italien am Ende der fünfziger Jahre. Im Spannungsbogen zwischen den sich eifersüchtig belauernden Nachbarn, Frankreich im Westen und Österreich im Osten, konnten tüchtige Staatenlenker eine Außenpolitik wagen, die nationale Sehnsüchte aufgriff und erfüllte. Als Politiker solchen Formats ragte Camillo Benso di Cavour, Minister-

[1] Storia del Parlamento italiano, hrsg. von GIUSEPPE SARDO, Bd. 5, Palermo 1968, S. 27.

präsident im Königreich Sardinien (1852–1861),[2] heraus. Er gewann Frankreichs bewaffneten Arm, um die österreichische Hegemonie auf der Apenninenhalbinsel zu brechen, und er durchkreuzte die Absicht Napoleons III., an ihre Stelle die französische Vorherrschaft zu setzen, indem er Englands erklärtes Verhandlungsziel, das Gleichgewicht in Europa zu wahren, im italienischen Interesse ausnutzte. Rußland, dem vor allem an der Aufhebung der erniedrigenden Schwarzmeerklauseln, ein Resultat des verlorenen Krimkrieges, lag, stand – wenn auch nur passiv – auf Frankreichs Seite. Blieb Preußen: Im Ringen um die Führung im Deutschen Bund sah es Österreich lieber geschwächt als gestärkt, lieber nachgiebig als auftrumpfend. Das internationale Klima begünstigte also die italienische Unabhängigkeits- und Einigungsbewegung.

Den Gegenstand dieses Aufsatzes bilden die Ansichten eines italienischen Diplomaten über die Politik der deutschen Mittelstaaten während der Entscheidungsphase des Risorgimento zwischen 1859 und 1861, d. h. während der Feuerprobe des Krieges zwischen Österreich auf der einen und Sardinien-Piemont, mit Frankreich verbündet, auf der anderen Seite während der Eroberung des Kirchenstaates, der Revolutionierung des Südens, der Annexion des Königreichs Beider Sizilien durch Sardinien-Piemont und schließlich während der Proklamation des Königreichs Italien. Johann Bernhard von Rechberg, Österreichs Präsidialgesandter beim Deutschen Bundestag in Frankfurt/Main (1855–13. 5. 1859), hob am Beginn des italienischen Krieges 1859 einen der Gesichtspunkte hervor, dessentwegen die deutschen Mittelstaaten Aufmerksamkeit verdienten: *Wenn es noch möglich wird, das Berliner Kabinett zum Anschlusse an Österreich* [d. h. zum Eintritt in den Krieg als Alliierter Wiens gegen Sardinien-Piemont und Frankreich] *zu bestimmen, so dürfte allerdings der Druck von England und der deutschen Mittelstaaten allein im Stande sein, ein solches Resultat zu erzielen*.[3] Dabei dachte Rechberg durchaus nicht nur daran, die Vertragspflichten der deutschen Partikularstaaten gegenüber Österreich anzumahnen, sondern zugleich deren handfeste Eigeninteressen anzusprechen. Wenige Tage später, am 2. Mai 1859, schrieb er nach Wien: *Auf die deutschen Mittelstaaten dürfte am sichersten dadurch gewirkt werden, daß die Ahnung, von der sie größtenteils schon durchdrungen sind, wie sie falls Österreich in dem Kampfe erliegen sollte, den preußischen Einheitsbestrebungen*

---

[2] Cavour übte die Funktion des Ministerpräsidenten (und zugleich die des Außenministers) vom 4. 11. 1852 bis zu seinem Tode am 6. 6. 1861 aus. Während der kurzzeitigen Unterbrechung vom 20. 7. 1859 bis zum 20. 1. 1860 führte Alfonso La Marmora die Regierung; Giuseppe Dabormida war Außenminister. Nach dem frühen Tod Cavours (6. 6. 1861) übernahm Bettino Ricasoli (8. 1. 1861–2. 3. 1862) dessen beide Ämter.

[3] Rechberg an Karl Ferdinand von Buol-Schauenstein, Ministerpräsident (11. 2. 1852–21. 8. 1859), Frankfurt, 28. 4. 1859, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Politisches Archiv des Ministeriums des Äußeren II: Deutscher Bund, Karton 43: Bundespräsidialgesandtschaft Frankfurt, Bl. 647 (im folgenden: HHStA Wien, P. A. II, Kt …, Bl. …). Orthographie und Interpunktion wurden dem heutigen Standard angenähert.

zur Beute fallen müßten, gehörig geweckt werde.[4] Wien galt zu Recht als hauptsächliche Schutzmacht der Ordnung von 1815 und mithin des Deutschen Bundes, der die fürstliche Souveränität und die territorialstaatliche Integrität der Partikularstaaten beschirmte. Daraus resultierte die politische Verbundenheit der Klein- und Mittelstaaten mit Österreich. Preußen hingegen hatte längst begonnen, Metternichs Schreckensvision aus dem Jahre 1833 vom *status in statu*, dem Zollverein innerhalb des Deutschen Bundes, Wirklichkeit werden zu lassen, und die Höfe daran gewöhnt, in wirtschaftlichen Dingen *ihre Blicke der Furcht wie der Hoffnung nur nach Berlin zu richten, Österreich endlich … als Ausland an*[zu]*sehen* …[5] Preußen konnte sich folglich nicht gefühllos gegenüber Stimmungen und Entscheidungen in den deutschen Staaten verhalten, wollte es nicht den Anspruch auf die Führung im Deutschen Bund und den Blickkontakt mit der Nationalbewegung aufgeben.

Aus italienischer Sicht bildete die Neutralität Preußens im italienischen Krieg 1859 den Knackpunkt, an dem sich wesentlich entschied, ob Frankreich auf der sardisch-piemontesischen Seite blieb. Preußens Haltung hing gewiß nicht in erster Linie vom Druck ab, den die deutschen Mittelstaaten in eine bestimmte Richtung ausübten, zumal die Potentiale selten in einer Bahn zusammenflossen. Einen Faktor aber bildeten die politischen und militärischen Aktivitäten der Mittelstaaten und das Stimmungsbild der Öffentlichkeit schon, wenn Turin die Gesamtheit der das Risorgimento fördernden bzw. hindernden Energien bilanzierte. Und deshalb ließ sich Cavour darüber informieren.

Zweckdienliche Nachrichten lieferte ein exponierter Horchposten, nämlich die Gesandtschaft des Königreichs Sardinien am Deutschen Bund in Frankfurt. Am 18. Juli 1856 berief Cavour Giulio di Barral[6] in diese Funktion, die dieser bis zum Ende der Existenz des Bundestages im Jahre 1866 wahrgenommen hat. Rigoros antiösterreichisch eingestellt, unterhielt er freundschaftliche Beziehungen zu Preußens Gesandten in Frankfurt, Otto von Bismarck: *ein Mann mit weitreichenden und großzügigen Ideen, dessen Antipathie gegen Österreich* [ebenso wie bei Barral] *eine der hervorragendsten Seiten des politischen Charakters bildet*.[7] Als Bismarck – zunächst – *an der Newa kaltgestellt wurde*,[8] knüpfte Barral auch zu

---

[4] Rechberg an Buol, Frankfurt, 2. 5. 1859, HHStA Wien, P. A. II, Kt. 44, Bl. 670–671.

[5] Metternich an den Kaiser, Wien, Juni 1833, in: Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, hrsg. von RICHARD METTERNICH-WINNEBURG, Tl. 2, Bd. 3. Friedens-Aera 1816–1848, Wien 1882, S. 510.

[6] Vgl. das von BRUNO MALINVERNI geschriebene Stichwort in: Dizionario Biografico degli Italiani, Bd. 6, Rom 1964, S. 518: Giulio Camillo conte di Barral de Monteauvrard, geb. 31. 7. 1815 in Bissy/Savoyen, gest. 3. 10. 1880 ebendort; 1856–1866 Gesandter des Königreichs Sardinien am Deutschen Bund in Frankfurt/Main (Akkreditierung am 30. 10. 1856); 1863–1867 auch Gesandter des Königreichs Italien in Berlin, 1867 in Wien, 1868–1871 in Brüssel, 1871–1873 in Madrid, 1876–1880 wieder in Brüssel.

[7] BARRAL (wie Anm. 11), 18. 12. 1859.

[8] Zit. nach ERNST ENGELBERG, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S. 449.

dessen Nachfolger, Guido von Usedom (seit 3. 3. 1859), enge Kontakte, ohne zu übersehen, daß dieser die Rolle des *notorischen Störenfrieds der bundesrätlichen Eintracht*[9] – so die Sicht der österreichischen Diplomaten und ihrer mittelstaatlichen Anhänger – nicht mit der Leidenschaft und Intelligenz Bismarcks zu spielen vermochte.[10] Die Berichte Barrals aus Frankfurt nach Turin verwahrt das Staatsarchiv Turin: 96 aus dem Jahre 1859, 54 bzw. 56 für 1860 bzw. 1861; dazu einige getrennt abgelegte vertrauliche Depeschen.[11] Insofern Barral zur Politik der deutschen Mittelstaaten[12] Stellung nahm, konzentrieren wir uns auf das Beispiel des Königreichs Sachsen, des wirtschaftlich stärksten und im Wettstreit mit dem Königreich Bayern[13] politisch besonders einflußreichen deutschen Mittelstaates.

Dresden ließ sich in Frankfurt durch den geeichten Gegner Preußens und ebenso zuverlässigen Gefolgsmann Österreichs, Julius Gottlob von Nostitz und Jänckendorf, vertreten (1840 bis 1864). Bismarck hielt seine deutschen Kollegen am Bundestag en bloc für ein *chronisches Übel*.[14] Barral hob Nostitz expressis verbis heraus: *ein geschworener Feind der italienischen Sache und außerdem völlig devot gegenüber Österreich*. (28. 10. 1860) Im Gegenlicht bestätigte es Rechberg, der dem Wiener Regierungschef Karl Ferdinand von Buol-Schauenstein (11. 4. 1852–21. 8. 1859) nahelegte, den sächsischen Bundestagsgesandten – gemeinsam mit demjenigen aus Bayern – mit einer *Anerkennung seiner mit großer Aufopferung geleisteten treuen Dienste* zu bedenken.[15] Das sächsische Gesandtschaftsarchiv Frankfurt findet sich im Hauptstaatsarchiv Dresden. Aussagefähig sind vor allem die zahlreichen Weisungen des Vorsitzenden des Gesamtministeri-

---

[9] Zit. nach Ebd., S. 450.

[10] Vgl. BARRAL (wie Anm. 11), 29. 3. 1859.

[11] Archivio di Stato Torino, Materie politiche, Lettere Ministri Esteri: Allemagna, mazzo 7: Legazione di Francoforte anni 1836–1865, fascicolo 33 (1859), 34 (1860), 35 (1861). – Barral schrieb französisch. Die Übersetzungen stammen vom Autor dieses Artikels. Datumsangaben in Verbindung mit zitierten Berichten Barrals beziehen sich auf den Tag der Ausfertigung in Frankfurt/Main; auf eine wiederholte Quellenangabe wird deshalb im folgenden verzichtet.

[12] Nach dem Verfassungsrecht des Deutschen Bundes zählten zu den Mittelstaaten die Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, die Großherzogtümer Baden und Hessen und das Kurfürstentum Hessen. Diese Staaten verfügten über eine selbständige Stimme im Engeren Rat der Bundesversammlung. Vgl. THEODOR SCHIEDER, Die mittleren Staaten im System der großen Mächte, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 583–604, hier S. 591. – An den sogenannten Mittelstaatenkonferenzen nahmen von Fall zu Fall auch einzelne Bundesstaaten teil, welche de iure nicht zum Kreis der Mittelstaaten zählten, die ihrerseits nicht unbedingt vollzählig vertreten waren.

[13] In bezug auf unser Thema vgl. zu Bayern: MARIANNE LEBER, Die italienische Frage in Bayerns Sicht und Politik von 1859–1865, Diss. München 1957; HUBERT GLASER, Zwischen Großmächten und Mittelstaaten. Über einige Konstanten der deutschen Politik Bayerns in der Ära von der Pfordten, in: Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa, hrsg. von Heinrich Lutz/Helmut Rumpler, München 1982, S. 140–188.

[14] Zit. nach ENGELBERG, Bismarck (wie Anm. 8), S. 473.

[15] Frankfurt, 4. 4. 1859, HHStA Wien, P. A. II, Kt. 43, Bl. 530.

ums und Außenministers Friedrich Ferdinand von Beust an Nostitz.[16] Sie wiegen insofern besonders schwer, weil König Johann zwar fühlbar in die sächsische Innenpolitik eingriff, aber – nach dem Zeugnis Beusts – die Außenpolitik weitestgehend seinem Außenminister überließ.[17]

Die Berichte Barrals und die Instruktionen Beusts bilden die archivalische Basis des vorliegenden Artikels. Ergänzend wurden die diplomatischen Akten Österreichs[18] und Preußens[19] herangezogen, deren wichtigste Stücke in umfänglichen Quellenpublikationen zusammengeführt worden sind. An einzelnen Punkten haben wir Lücken durch die Benutzung der Bestände des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien geschlossen.[20] Gedruckt liegen die Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vor, deren themenrelevante Sitzungen im vorliegenden Artikel zitiert sind.[21]

II.

Als Napoleon III. am 1. Januar 1859 das Diplomatische Korps zum Neujahrsempfang in die Tuilerien einlud, sagte er zu dem österreichischen Gesandten Joseph Alexander Hübner: *Es tut mir leid, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, wie ich es mir wünschen würde, aber ich bitte Sie nach Wien zu schreiben, daß meine persönlichen Gefühle für den Kaiser unverändert sind.*[22] Die verschatteten Gedanken enträtselten sich einfach: Der Kaiser der Franzosen stand bereit, Sardinien-Piemont bewaffnet beizuspringen, wenn es mit Österreich die Klingen kreuzte, Österreich versuchte, sich für diesen Fall der Unterstützung Preußens

---

[16] Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), Sächsische Bundestagsgesandtschaft 115[1859], 117[1860] und 119[1861]. – Die unergiebigen Sitzungsberichte, die Nostitz an Beust adressierte: SächsHStA Dresden, Außenministerium 2907[1858–1859], 2908[1859–1860] und 2909[1861–1862]. Orthographie und Interpunktion wurden dem heutigen Standard angenähert.

[17] Vgl. FRIEDRICH FERDINAND VON BEUST, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, 2 Bde., Stuttgart 1887, Bd. 1, S. 178.

[18] Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866, hrsg. von HEINRICH VON SRBIK, Bd. 1: Juli 1859–November 1861, Oldenburg, Berlin 1934 (ND: Osnabrück 1967).

[19] Die Auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Diplomatische Aktenstücke (im folgenden: APP), hrsg. von der Historischen Reichskommission unter Leitung von ERICH BRANDENBURG, Bd. 1: November 1858–Dezember 1859, Oldenburg 1933; Bd. 2, Tl. 1: Januar 1860–Dezember 1860, Oldenburg, Berlin 1938; Bd. 6: April 1865–März 1866, Oldenburg, Berlin 1939.

[20] Vgl. Anm. 3. – Außerdem: HHStA Wien, P. A. V: Gesandtschaft Sachsen, Akte Nr. …

[21] Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1859; … 1860; … 1861, Frankfurt/Main.

[22] JOSEPH ALEXANDER HÜBNER, Neuf ans des souvenirs, Paris 1904; auszugsweise zitiert in: DENIS MACK SMITH, Il Risorgimento italiano. Storia e testi, Rom, Bari 1987, S. 473.

und der anderen Staaten des Deutschen Bundes zu versichern. Sie sollten Frankreich am Rhein drohend gegenübertreten und es nötigenfalls angreifen, um die österreichische Front am Po zu entlasten. Am 17. Februar 1859 unterrichtete Turins Gesandter in Frankfurt, Camillo di Barral, Turin über die zu erwartende Haltung Berlins bei einem Krieg in Oberitalien, und zwar auf der Grundlage von Informationen, die ihm der preußische Gesandte in Frankfurt, Otto von Bismarck, gegeben hatte: *Einleitend erklärt das Berliner Kabinett, daß Preußen als deutscher Staat seine Bundespflichten kennt und erfüllen wird; daß es aber andererseits nicht die Rolle vergessen kann, die es als europäische Großmacht aufgerufen ist zu spielen, und daß die letztgenannte Eigenschaft ihm Unparteilichkeit abverlangt, um eine unabhängige Haltung zwischen den gegnerischen Parteien zu bewahren und auf diese Weise seiner vermittelnden Aktion mehr Gewicht und Autorität verleihen zu können.* Barral legte Cavour seine Überzeugung dar, daß Preußen den bevorstehenden Krieg – im Gegensatz zu Österreich – für einen italienischen und nicht eo ipso für einen deutschen Krieg hält. Österreich suchte Alliierte für den bevorstehenden Waffengang, Preußen sah sich im Range einer europäischen Großmacht als Vermittler des Friedens. Barral setzte fort: *Als mich Herr von Bismarck mit dem Inhalt dieser Note*[23] *bekannt machte, hat er mir gesagt, daß sie nicht nur das Ziel hat zu zeigen, daß Preußen nicht beabsichtigt, sich die Querelen Österreichs zu eigen zu machen, sondern daß sie außerdem ganz wesentlich darauf abzielt, die Leidenschaftlichkeit gewisser Sekundärstaaten* [„puissances secondaires"], *wie zum Beispiel Bayerns, Sachsens, Hannovers, Nassaus und des Kurfürstentums Hessen, zu mäßigen, die sich bereits zugunsten Österreichs ereifert haben, bevor überhaupt Gefahr bestand.* (17.2.1859) Abschließend bemerkte Barral: *Ihre* [der Mittelstaaten] *Sympathien für Österreich haben sich heute bestätigt; und es braucht nichts weiter als die Haltung Preußens oder den äußersten Selbsterhaltungstrieb, damit sie von ihrem falschen Patriotismus lassen.* (17.2.1859)

Barral schlug hier zwei Themen an, die fortan häufig aufklingen sollten: Preußen bemüht sich angestrengt, Höfe und Regierungen der Mittelstaaten vor folgenreichen Handlungen, die aus ihrer proösterreichischen Einstellung resultieren könnten, zurückzuhalten. Das kostete unmittelbar vor und während des italienischen Krieges einige Mühe, weil die Bevölkerung der deutschen Partikularstaaten mit ihren antifranzösischen Gefühlen – nach den Worten des preußischen Prinzregenten – wenig *haushälterisch*[24] umging und hartnäckig auf die Unterstützung Österreichs drängte. Außerdem versicherte Barral Turin immer aufs neue, daß Preußen in den mittelstaatlichen Hauptstädten unablässig mit sanfter Gewalt

---

[23] Es handelt sich um die Antwort Preußens vom 12. 2. 1859 auf eine Zirkularnote Österreichs vom 5. 2. 1859. Vgl.: Alexander von Schleinitz, preußischer Außenminister (1858–1861), an die Missionen in Deutschland, Berlin 12. 2. 1859, in: APP, Bd. 1, Nr. 130, S. 233–237.

[24] Aufzeichnungen des Prinzregenten vom April 1859 (zu den Akten am 16. 4. 1859), in: APP, Bd. 1, Nr. 271, S. 424.

daran erinnert, daß ein bayerisches oder sächsisches, württembergisches oder hessisches Votum, noch bevor sich Preußen und Österreich geeinigt haben, die Existenz des Deutschen Bundes aufs Spiel setzt, unter dessen dünner Schutzschicht die klein- und mittelstaatlichen Existenzen dem Werdenden und Kommenden – vorerst wenigstens – standhielten.

Beust in Dresden verstand derartige Überlegungen genau. Am 17. April 1859 instruierte er Nostitz in Frankfurt: *1. Sobald Österreich dem Bunde die in Aussicht gestellte Anzeige macht,* [d. h. über den Beginn des Krieges in Oberitalien informiert und um Hilfe ersucht]*, so wird die königliche Regierung ihr Votum im Sinne des Artikels 47 der Wiener Schlußakte abgeben, d. h. für Anerkennung der Gefahr für das Bundesgebiet und Kriegsbereitschaft. Wir zweifeln nicht, daß in diesen Grenzen die Abstimmung einstimmig, Preußen eingeschlossen, ausfallen werde. – 2. Einen weiter gehenden Beschluß, welcher die sofortige Beteiligung am Kriege ausspräche und somit eine Kriegserklärung bedingte, würden wir dann als in der Ausführung gesichert und von den wirksamsten Folgen erachten, wenn Preußen seine Stimme dafür zusagt. Im entgegengesetzten Falle möchten wir ernster Erwägung die Folgen eines gegen das preußische Votum gefaßten Beschlusses empfehlen.*[25] Die Unentschiedenheit der Stellungnahme resultierte aus den vielfältigen Rücksichten, die Dresden glaubte, nehmen zu müssen. Es galt, die aufgestürmte öffentliche Meinung durch die Herstellung der Kriegsbereitschaft – auf keinen Fall mehr! – zu beruhigen, den Deutschen Bund nicht durch (proösterreichische) Mehrheitsvoten der Klein- und Mittelstaaten existentiell zu gefährden, vielmehr durch einmütige Entscheidungen zu festigen und Preußen nicht zu provozieren, weil die Konsequenzen nicht zu bemeistern wären.

Am 23. April 1859 erfüllte die Militärpartei am Wiener Hof den sehnlichen Wunsch Cavours und erklärte Sardinien-Piemont den Krieg. Napoleon III. trat sofort an die Seite Turins. Die deutschen Mittelstaaten schlugen die Trommeln, um Preußen und damit den Deutschen Bund für Österreich in Stellung zu bringen. Zum Ärger Berlins ersuchte Wien am 2. Mai 1859 ganz offiziell die Bundesversammlung in Frankfurt, *in ernste Beratung zu nehmen, ob nicht gleichzeitig mit Österreichs Machtverhältnissen auch die Sicherheit des gesamten Bundes sich tief berührt findet.*[26] Barral meldete am 20. Mai 1859 nach Turin, daß sich *die Gesandten bestimmter Kleinstaaten* [„petits Etats“] *wie Sachsen, Bayern und Württemberg, hier* [am Deutschen Bund] *maßlos zugunsten Österreichs ereifern.* Namentlich verärgert äußerte er sich über den sächsischen Gesandten. Es mag Barrals Zorn gesteigert haben, daß Beust, der seine Machtpolster erheblich überschätzte, Ende April/Anfang Mai 1859 eine Reise nach Paris und London unternahm, um Frankreich zum Einlenken zu bewegen und England zu drängen, daß es Preußen

---

[25] Beust an Nostitz, Dresden, 17. 4. 1859 (abschriftlich vom 15. 4. 1859), SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 115.

[26] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 15. Sitzung vom 2. 5. 1859, Paragraph 154, S. 284.

auffordere, für Österreich Partei zu nehmen. Beust unterbrach seinen Trip insgesamt dreimal in Frankfurt, wo er nach den Worten Barrals *viel getan hat, um die Anhänger Österreichs zu mobilisieren und die Mitglieder des Bundestages zu verpflichten, in der Hohen Versammlung den Vorschlag einzubringen, die Bundestruppen am Rhein zu konzentrieren.* (12. 5. 1859) Aus Dresden unterkellerte Kultusminister Johann Paul von Falkenstein Beusts Anliegen am 8. Mai 1859 mit einer ausführlichen Argumentation, die er Nostitz zustellte: Frankreich habe den Krieg gegen Österreich begonnen und scheue sich nicht, mit der *Revolution* [im Großherzogtum Toskana] *zu gehen und sie ziemlich offen zu unterstützen.* Österreichs Kampf sei folglich nicht nur als Verteidigungskrieg, sondern auch als Krieg gegen die Revolution gerechtfertigt. Und außerdem: *Es handelt sich* […] *nicht um einen Krieg zwischen Österreich und Piemont, sondern einfach darum, ob Frankreich künftig, mit Ausschluß Österreichs, in Italien herrschen soll;* […] Schließlich: *Die lange Dauer eines Zustandes, wie der jetzige allenthalben in Deutschland ist, scheint mir höchst gefährlich. Noch ist der Enthusiasmus für die Würde Deutschlands unter Preußens und Österreichs Ägide rein;* […] *Geschieht aber von unserer Seite nicht augenblicklich etwas Entscheidendes, dann* [vergiften] *die bösen Gedanken der Demokratie* […] *den Enthusiasmus;* […] *die Unzufriedenheit im Innern beginnt.* Falkenstein drängte auf einen *förmlichen Bundesbeschluß;* beispielsweise über *die Belegung der Bundesfestungen mit der vollen Kriegsbesatzung* oder über die *Aufstellung ausreichender Observationskorps am Rhein.* Worüber, das sei verhandelbar; Hauptsache *ungesäumt*![27]

Am 13. Mai 1859 geschah in Frankfurt – aus preußischer Sicht – etwas *ganz Monströses*:[28] Hannover stellte den Antrag, der Bund möge in Oberdeutschland ein Observationskorps aufstellen. Berlin legte sofort *ausdrücklichen und entschiedenen Protest* ein.[29] Usedom reklamierte die militärisch-politische Hegemonie in der Kriegsfrage für Berlin. Preußen könne von den Bundesgenossen erwarten, *daß sie ihr* [der preußischen Regierung] *die Initiative für die notwendigen militärischen Maßregeln überlassen. Nur auf diesem Wege ist die für eine gedeihliche Behandlung der Sache unentbehrliche Einheit zu bewahren.*[30] Nach diesem Paukenschlag gab Österreich angesichts seiner bedrängten Lage auf dem oberitalienischen Kriegsschauplatz im Bundestag klein bei.[31] Die Mittelstaaten folgten auf dem Fuß. In der Sitzung vom 26. Mai 1859 ließ die bayerische Regierung mitteilen, sie werde

---

[27] Falkenstein an Nostitz, Dresden, 8. 5. 1859 (abschriftlich vom 7. 5. 1859), SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 115.

[28] Usedom an den Prinzregenten, Frankfurt 6. 5. 1859, in: APP, Bd. 1, Nr. 373, S. 541.

[29] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 17. Sitzung vom 13. 5. 1859, Paragraph 2 (Separatprotokoll), S. 348c.

[30] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 18. Sitzung vom 19. 5. 1859, Paragraph 2, S. 382c – Vgl. auch: Usedom an den Prinzregenten, Frankfurt, 19. 5. 1859, APP, Bd. 1, Nr. 402, S. 592.

[31] Der preußische Gesandte in Wien, Karl Anton von Werther, an Schleinitz, Wien 30. 5. 1859, in: APP, Bd. 1, Nr. 427, S. 632–633.

nur dankbar erkennen, wenn Preußen die Initiative für die notwendigen militärischen Maßregeln, zu welcher übrigens alle Bundesglieder gleich berechtigt sind, und auf welche daher auch die Königliche Regierung für sich nicht verzichten kann, ergreifen will. Württemberg äußerte die Hoffnung, *daß Preußen in Bälde von dieser Initiative Gebrauch macht.* Sachsen und Hannover schlossen sich Bayern an.[32] Befriedigt konnte Barral am 29. Mai 1859 Cavour die Nachricht übermitteln: *In bezug auf das, was in Deutschland geschieht, scheint die Lage heute ganz eindeutig umrissen: Berlin entscheidet, welche Haltung die Gesamtheit der Staaten im Nachgang einzunehmen hat.* Und nichts deutete darauf hin, daß Preußen bewaffnet interveniere – geschweige denn *in Bälde* –, um für Österreich die Kastanien aus dem italienischen Feuer zu holen.

Nach der ersten Niederlage der österreichischen Armee bei Magenta (4. 6. 1859) sah sich Preußen am 14. Juni 1859 zur Teilmobilmachung genötigt und beantragte am 25. Juni beim Deutschen Bund die Bildung eines starken Observationskorps im Süden Deutschlands.[33] Weitere Befehle löste die Berliner Regierung nach der zweiten österreichischen Schlappe bei Solferino (24. 6. 1859) aus. Diese Maßnahmen und das *Delirium*, in das Deutschland – nach dem Eindruck Barrals (20. 6. 1859) – geriet, beunruhigten Frankreich und zwangsläufig Sardinien-Piemont. Barral, von der lärmenden Erregung in Deutschland erkennbar beeindruckt, urteilte letztlich wohlüberlegt und korrekt. Am 20. Juni 1859 schrieb er an Cavour: *Die Regierungsblätter sagen zwar, daß das* [die preußische Teilmobilisierung] *nur eine Vorsichtsmaßnahme sei, die sich sowohl wegen der ernsten Lage als auch wegen des* [durch den Bundestag] *Preußen übertragenen Vertrauens erforderlich mache; aber die echten Freunde dieses Staates sehen sehr wohl voraus, daß Frankreich, falls Preußen bewaffnet vermitteln sollte, die Vorschläge, die Preußen mit dem Schwert in der Hand macht, ganz gewiß nicht akzeptieren wird, und sie mißbilligen sehr diese zur Unzeit ergriffenen Maßnahmen, in denen sie das Ergebnis der Intrigen des Hofes und der Kreuzpartei, die beide die österreichische Politik leidenschaftlich unterstützen, sehen.* In den hektischen Juniwochen des Jahres 1859 schrieb Barral jedenfalls keine Alarmbriefe aus Frankfurt nach Turin. Im Gegenteil! Gestützt auf vertrauliche Informationen preußischer Diplomaten der Bundestagsgesandtschaft und auf eigene Beobachtungen: die demonstrative Abwesenheit Usedoms bei der Abstimmung in der Bundesversammlung über die Aufstellung eines Observationskorps am Oberrhein oder die auffallend langsame Ausführung der Mobilisierungsbefehle u. a. – wiegelte Barral ab. Preußens Idee, am Ende zwischen den streitenden Parteien bewaffnet zu vermitteln, d. h. die Sichel an Andermanns Ernte anlegen zu können, hielt er mit dem Blick auf Napoleons Stärke und Stolz für unrealistisch. Schließlich sagte er voraus, daß die Siege

---

[32] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 19. Sitzung vom 26. 5. 1859, Separatprotokoll, Paragraph 1, S. 396[a]–396[b].

[33] Vgl. Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 23. Sitzung vom 25. 6. 1859, Separatprotokoll, Paragraph 1, S. 432[a].

der verbündeten Heere über die österreichischen Truppen die angefachten Leidenschaften in Deutschland rasch abkühlen werden. (25. 6. und 26. 6. 1859) Eine Note des Berliner Außenministers Alexander von Schleinitz an die preußischen Missionen in Deutschland vom 24. Juni 1859 gab Barral in der für Cavour entscheidenden Frage, ob mit einer Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zum Vorteil Österreichs in Oberitalien zu rechnen sei, vollkommen recht. Schleinitz schrieb: Die Mobilisierung eines Teils der preußischen Armee bedeute nicht, *daß die königliche Regierung von der Ihnen bekannten Richtung ihrer Politik abzuweichen* […] *gesonnen ist, und daß auch die jetzigen ausgedehnten militärischen Maßnahmen fürs erste nur dem Zwecke dienen sollen, einer weiteren diplomatischen Aktion in jenem Sinne den entsprechenden Nachdruck zu leihen,* nämlich *als vermittelnde Macht zur Geltung zu kommen.*[34]

Obwohl Österreich nach der zweiten Niederlage seiner Armee (Solferino, 24. 6. 1859) in höchste Bedrängnis geriet, verweigerte Preußen weiterhin den erbetenen militärischen Beistand. Stattdessen landete es im Bundestag einen neuen Coup. Darüber informierte Barral Cavour am 4. Juli 1859: *Zuerst hat Herr Usedom im Namen seiner Regierung gefordert, daß die Konzentration des 7., 8., 9. und 10. Korps der Bundesarmee in der Art und Weise geschieht, daß sie ständig in direkter Verbindung mit den Armeen Preußens, die am Mittelrhein stationiert sind, stehen. Danach hat er gefordert, daß Preußen den allgemeinen und uneingeschränkten Oberbefehl nicht nur über die gegenwärtig unter Waffen stehenden Truppen hat, sondern außerdem über alle jene, die später einberufen werden könnten, und zwar ohne irgendeine Form der Kontrolle oder der Beauftragung durch den Bundestag. Schließlich hat er von allen Staaten Deutschlands ein unbegrenztes Vertrauensvotum für Preußen verlangt, damit es ganz und gar so handeln kann, wie es ihm gut und richtig erscheint. Die Exorbitanz dieser Forderungen, die vollkommen außerhalb der Bundesgesetzlichkeit liegen und gleichbedeutend mit einer echten Militärdiktatur sind,* bezeichneten für Barral den Beginn *einer neuen Entwicklungsphase der Politik Preußens.*

Österreich reagierte sofort und beschloß, die bestehende Ordnung beim Deutschen Bundestag gegen den preußischen Einbruch abzusichern. Am 7. Juli 1859 beantragte der Wiener Präsidialgesandte, Aloys von Kübeck, die *Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) alle Kontingente des Bundesheeres mobil zu machen* und 2) den preußischen Prinzregenten durch Beschluß der Bundesversammlung *zu ersuchen, den Oberbefehl über das gesamte Bundesheer zu übernehmen.*[35] In Berlin charakterisierte Schleinitz den österreichischen Antrag sogleich

---

[34] APP, Bd. 1, Nr. 461, S. 693.

[35] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 7. 7. 1859, Separatprotokoll, Paragraph 1, S. 476[b]. – Kübeck war seit dem 20. 6. 1859 in der Nachfolge Rechbergs (Ministerpräsident vom 21. 8. 1859–4. 2. 1861) österreichischer Präsidialgesandter in Wien.

als *ganz von dem preußischen Standpunkt abweichend.*[36] Barral berichtete am 9. Juli 1859 zutreffend: Mit ihren Initiativen am Bundestag *hat die österreichische Regierung diesen Staat* [Preußen] *genötigt, in den normalen Verfassungsrahmen zurückzukehren und entsprechend den Vorschriften des Artikels 45, der den Oberbefehlshaber, wer immer es gewesen ist, verpflichtet, im Bundestag den Eid zu leisten und nur nach seinen Befehlen zu handeln. – Wie gut die Idee der österreichischen Regierung gewesen ist, beweist die enthusiastische Aufnahme ihres Vorschlags durch die Vertreter der Sekundärstaaten, die durch die preußischen Absichten sehr aufgebracht sind, und wenn der Vorschlag nicht obligatorisch an das Militärkomitee* [des Bundestags zur Behandlung] *zurückverwiesen worden wäre, hätte man ihn sofort einmütig gebilligt.*

Über Hieb und Parade im diplomatischen Gefecht, das sich Preußen und Österreich Anfang Juli 1859 auf dem Frankfurter Parkett geliefert hatten, mußte der mit der Wertung beauftragte Militärausschuß nicht mehr befinden. Zur allgemeinen Überraschung kamen die Waffen auf dem italienischen Kriegsschauplatz am 8. Juli 1859 zur Ruhe. Am 11. Juli schlossen die beiden Kaiser, Napoleon III. und Franz I., in Villafranca einen Vorfrieden, dem der König von Sardinien beitrat. Infolgedessen zogen Preußen und Österreich am 16. Juli 1859 ihre Anträge vom 4. bzw. 7. Juli 1859 in der Bundesversammlung zurück.[37] In dem bereits ausführlich zitierten Bericht vom 9. Juli 1859 gab Barral seine Eindrücke über die Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen in Oberitalien durch die beiden deutschen Großmächte wieder: *Ohne den Gerüchten über die Suspension der Feindseligkeiten in Italien, die hier umherschwirren, mehr Bedeutung beizulegen als sie es verdienen, muß ich dennoch feststellen, daß sich die österreichische Seite außerordentlich zufrieden zeigt;* […] *Was die Preußen anbetrifft, so zeigen sie sich im Gegensatz dazu sehr wenig zufrieden, sie befürchten, daß beim Abschluß des Friedens die Bedingungen direkt zwischen den kriegführenden Parteien ausgehandelt werden,* […].

Österreich hatte in Villafranca die Lombardei an Sardinien verloren, aber Venetien, das Napoleon III. ebenfalls Cavour versprochen hatte, festhalten können. Die vorübergehende Atempause, die Wien auf der Apenninenhalbinsel gewonnen hatte, ermöglichte es Österreich, den Deutschen Bund und seine Stellung als Präsidialmacht dieser staatenbündischen Vereinigung mit mehr Entschlossenheit als bisher zu verteidigen. Der Gegenschlag Wiens vom 7. Juli 1859 deutete es schon an. Die erwähnte *enthusiastische Aufnahme* durch die Mittelstaaten wäre nach Barrals Überzeugung noch stürmischer ausgefallen, hätte nicht die *Suspension des Waffengeklirrs* […] *die Wirkung, die der Vorschlag Österreichs sonst hervorgerufen hätte, abgeschwächt.* (9. 7. 1859) Diese Einschränkung bezog sich also

---

[36] Der österreichische Gesandte in Berlin, August von Koller, zitiert die hier wiedergegebene Stellungnahme Schleinitzens. Schleinitz an die Missionen in Deutschland, Berlin, 6. 7. 1859, Nachschrift vom 8. 7. 1859, in: APP, Bd. 1, Nr. 482, S. 738, Anm.

[37] Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 27. Sitzung vom 16. 7. 1859, Separatprotokoll, Paragraph 1, S. 480[a] [Österreich] und Paragraph 2, S. 480[b] [Preußen].

auf die schimpfliche militärische Niederlage Österreichs und auf die vielerorts als „Schmachfrieden“ disqualifizierte Übereinkunft von Villafranca (11. 7. 1859).

Der von Barral angesprochene Ärger Preußens resultierte daraus, daß seine Träume von einer bewaffneten Vermittlung geplatzt waren und Preußens Ansehen in den deutschen Landen wegen seiner unentschlossenen Haltung während des Krieges gelitten hatte. „Treubruch“ und „Verrat“ waren gängige Vorwürfe. Es bedurfte einiger Anstrengungen, um den Trend zu wenden.

Für die Apenninenhalbinsel bedeutete der italienische Krieg das Ende der österreichischen Hegemonie.[38] Die aktuelle Frage lautete nicht mehr, ob ein Nationalstaat gebildet werden könne. Dafür war jetzt der Weg frei. Es ging darum, wie er am besten zu organisieren sei. In einem langen Brief an den sardischen Außenminister Giuseppe Dabormida griff am 2. August 1859 auch Barral das Thema auf. Den Hintergrund bildete die Friedenskonferenz in Zürich (8. 8.–10. 11. 1859), auf der Frankreich auf die Bildung eines italienischen Staatenbundes unter dem Vorsitz des Papstes drängen, anders gesagt, den Deutschen Bund ins Italienische übersetzen wollte.[39] Gestützt auf seine Frankfurter Erfahrungen listete Barral seine Eindrücke über die Funktionsweise des Deutschen Bundes auf, um in Turin abschreckende Warntafeln aufzustellen: 1. Eine italienische Konföderation träfe auf die gleichen Schwierigkeiten, auf die der Deutsche Bund seit vielen Jahren stößt, weshalb niemand mehr ernsthaft an seine Handlungsfähigkeit glaube. 2. Österreich, das Venetien besetzt hält, würde eo ipso zu einem italienischen Staatenbund gehören: Das wäre der Ausgangspunkt für die Zerstörung dieser Organisation, für den Widerstand gegen die Entwicklung konstitutioneller Freiheiten, für die Lähmung jedweder fortschrittlicher Bestrebungen der Regierungen und ihrer Untertanen. 3. Ein Staatenbund würde die Unabhängigkeit der bisher freien Staaten, vor allem in der Außenpolitik einengen, weil er jede Initiative Mehrheitsbeschlüssen unterwürfe. 4. Alle Welt konnte das *erbärmliche Theater* verfolgen, das der Deutsche Bund während des italienischen Krieges gegeben hat, und die deprimierenden Vorstellungen spiegelten die Kraftlosigkeit der staatenbündischen Strukturen getreulich wider.

Nach der Aufzählung der Monita resümierte Barral: *Die politische Organisation, die man heute in Italien* [unter französischem Druck] *aufrichten möchte, ist genau diejenige, deren beklagenswerte Ergebnisse man am deutschen Beispiel konstatieren kann, und die zur Zeit überall* [in Deutschland] *eine stark ausgeprägte Bewegung zugunsten der Einheitsideen hervorbringt. Das ist ein Präzedenzfall, den man mit Erfolg allen Systemen entgegenhalten kann, die Sardinien in ein föderal konstruiertes Gebilde zwängen,* […] (2. 8. 1859). Deutlicher konnte der Verriß einer staatenbündischen (Schein-)Lösung der nationalen Frage nicht ausfallen. Auf jede nur denkbare Art und Weise spornte Barral die Regierung in Turin

---

[38] Vgl. die Argumentation dazu bei ROSARIO ROMEO, Cavour e il suo tempo, Bd. 3: 1854–1861, Rom, Bari 1984, besonders S. 622–626.

[39] Vgl. ENGELBERG, Bismarck (wie Anm. 8), S. 496.

an, auf der Friedenskonferenz in Zürich unerschütterlich am Anspruch auf ein einiges Italien festzuhalten, wofür er die internationalen Rahmenbedingungen nach Villafranca, insgesamt betrachtet, durchaus zuträglich beurteilte. Mißlich, ja perspektivlos stellte sich im Gegensatz dazu die Lage für die deutschen Mittelstaaten im allgemeinen und für Sachsen im besonderen nach dem Ende des italienischen Krieges dar. Der sächsische Außenminister spürte es offensichtlich. Am 15. Juli 1859 legte er der Post an seinen Frankfurter Gesandten Nostitz eine Ministerialdepesche vom 13. Juli 1859 bei, in der es hieß: *Die königliche Regierung darf daher* [d. h. mit Rücksicht auf ihre Politik während des Krieges] *mit ruhigem Gewissen auf einen Zeitabschnitt zurückblicken, welchem eine höhere Fügung eine andere Entwicklung gegeben hat, als sie erwarten zu dürfen geglaubt hatte.* Und weiter: *Österreich wird insbesondere an Sachsen auch ferner einen treuen Bundesgenossen finden. Die königliche Regierung darf aber auch mit Zuversicht erwarten, daß das kaiserliche Kabinett ihr, wie bisher, rückhaltloses Vertrauen schenken werde.*[40] Barral kam die prekäre Situation, in die die deutschen Mittelstaaten nach dem italienischen Krieg gerieten, nur allmählich zum Bewußtsein. In seinem Bericht vom 16. Juli 1859, also unmittelbar nach der Waffenruhe, vertrat er noch die Meinung, daß ihre Lage zwar *angespannter, jedoch grundsätzlich nicht anders* sei als bisher; *sie werden wie immer von einem in das andere Lager gehen, stets ihren Interessen und ihrem Selbsterhaltungstrieb folgend.* Anders am 24. November 1859. Jetzt durchschaute er hellsichtig die veränderten Verhältnisse, in denen die Mittelstaaten agieren mußten: *Einerseits haben sie nur zu gute Gründe, Preußen zu mißtrauen, das – was es auch dazu sagen mag – immer offensichtlicher nach ihrem Territorium greift und ohne Unterlaß vor allem im Norden an der Vereinnahmung* [„assimilation"] *arbeitet. Andererseits stellt Österreich in ihren Augen nicht mehr diesen gewaltigen und im höchsten Maße konservativen Staat dar, der ihre absolutistischen Gefühle ermutigte und bei dem sie gewohnt waren, Schutz und Hilfe zu finden.* Österreich schwächelte nicht nur vorübergehend. Nach der Niederlage in Italien entdeckten seine Getreuen in Habsburgs oft gerühmter Armee zweifelnde Offiziere und schartige Waffen. Die Krise der Staatsfinanzen trübte das einst so ansehnliche Bild zusätzlich ein. Die nationalen Bewegungen in der Habsburgermonarchie, besonders die der Ungarn, trumpften selbstbewußter denn je auf. Mit dem Laxenburger Manifest vom 15. Juli 1859 blieb Franz Joseph zwar weit von einer Reform an Haupt und Gliedern entfernt. Aber er versprach *Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung*.[41] Mit dieser vagen Zusage und

---

[40] Beust an Nostitz, Dresden, 15. 7. 1859 (abschriftlich vom 13. 7. 1859), SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 115.

[41] Zit. nach HELMUT RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914), Wien 1997, S. 372. Ebenda auch Rumplers Urteil zu Laxenburg: „Alle Welt erwartete die längst fällige innenpolitische Wende. Franz Joseph hingegen führte das Kunststück vor, so ziemlich alles auf den Kopf zu stellen, im Wesen aber doch nichts zu verändern."

durch mehrere Regierungsumbildungen zog er indessen bange Blicke aus München und Dresden, Darmstadt und Hannover auf die Hofburg. Österreich verlor an politischer Zuverlässigkeit als unverrückbarer Fluchtpunkt der Konservativen. Mit einer Wende nach Preußen riskierten die deutschen Mittelstaaten jedoch Kopf und Kragen: das unantastbare Territorium und die dynastische Souveränität. Ein Bonmot, das sächsische Offiziere im privaten Kreis kolportierten, brachte die Situation auf den Punkt: *Von Preußen bedrängt, von Österreich verlassen.*[42] Barral in Frankfurt konnte erleichtert nach Turin schreiben: Die Gefahr, die dem Risorgimento von Österreich droht, wird geringer. Die Mittelstaaten betrachten die Parteinahme für Wien nicht mehr als das primum et ultimum ihrer Politik. Sie irren haltlos zwischen Österreich und Preußen umher. (Vgl. 24. 11. 1859)

Es waren nicht nur äußere Zwänge, sondern auch neuartige Entwicklungen innerhalb der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die die Höfe und Regierungen nötigten, die bisherige Politik zu überdenken. Während des italienischen Krieges erlebte die Nationalbewegung einen nachhaltigen Aufschwung. Mit der Gründung des Deutschen Nationalvereins am 15./16. September 1859 in Frankfurt/Main setzte sie ein weithin sichtbares Zeichen. Der Verein agitierte – offen – für einen deutschen Nationalstaat mit einer Zentralgewalt und – verdeckt – für die kleindeutsche Lösung unter Preußens Führung. Diese Herausforderung bildete die eigentliche Alternative zum Deutschen Bund,[43] ganz gleich, ob er sich in strikter Reformfeindlichkeit verpanzerte oder sich durch dürftige Reformen ein wenig Lebenswahrheit aufschminkte. Den Verein durch ein in allen Mitgliedsstaaten gültiges Verbot niederzudrücken, wofür sich Sachsen und einige andere Mittelstaaten sogleich aussprachen,[44] erwies sich im Sommer 1859 im Deutschen Bund als nicht mehr durchsetzbar. Beust entschied sich deshalb, das durch das nationale Pathos aufgeschäumte Meer des politischen Meinungskampfes mit einer eigenen Initiative zu befahren.[45] Er wollte den weit verbreiteten Unmut über die

---

[42] Zit. nach HELLMUT KRETZSCHMAR, Die Zeit König Johanns von Sachsen 1854–1873. Mit Briefen und Dokumenten, Berlin 1960, S. 49.

[43] Vgl. THOMAS NIPPERDEY, Der deutsche Föderalismus zwischen 1815 und 1866 im Rückblick, in: Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven der bayerischen Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, hrsg. von Andreas Kraus, Bd. 3: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, München 1984, S. 8.

[44] Vgl. Beust an Nostitz, Dresden, 10. 8. 1859 (abschriftlich vom 5. 8. 1859) und Beust an Nostitz, Dresden, 22. 7. 1860, SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 115 bzw. 117.

[45] Die zeitliche Nachbarschaft zwischen der Gründung des Nationalvereins und den Reformplänen für den Deutschen Bund nannte Beust in seinen Memoiren „rein zufällig"; BEUST, Erinnerungen (wie Anm. 17), S. 271. – Zu den Reformplänen Beusts vgl. JONAS FLÖTER, Beust und die Reform des Deutschen Bundes 1850–1866. Sächsische mittelstaatliche Koalitionspolitik im Kontext der deutschen Frage, Köln, Weimar, Wien 2001. Für die Jahre 1859–1861 vgl. Kapitel V, S. 229–315. – Vgl. außerdem: WOLF D. GRUNER, Die Würzburger Konferenzen der Mittelstaaten in den Jahren 1859–1861 und die Bestrebungen zur Reform des Deutschen Bundes, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 36/1 (1973), S. 181–253.

Viel- und Kleinstaaterei und die Sehnsucht nach Einheit auffangen und im politischen Interesse des Hauses Wettin instrumentalisieren. Unablässig drängte er die Regierungen der Mittelstaaten zu Konferenzen, um ein „drittes Deutschland" zu formieren, das auf Augenhöhe mit Österreich und Preußen am Deutschen Bund mittelstaatliche Anliegen vorträgt und durchsetzt. Fernab von einer starken Zentralgewalt, gar nicht zu sprechen von einem direkt gewählten Parlament, ging es Beust um die Ersetzung der bisherigen Zweiteilung des Deutschen Bundes durch eine Dreiteilung. Der Sinn des „engeren Bundes" der Mittelstaaten bestand – nach einem offiziellen Konferenzdokument vom September 1859 – darin, daß er *unverkennbare Garantien für die Zukunft und das Bestehen der Mittelstaaten darbietet, ja vielleicht die einzige Kombination in sich schließt, welche diesen Fortbestand mit den Interessen Gesamtdeutschlands in Einklang bringt und denselben auf eine ebensowohl populäre als für die Souveräne der betreffenden Staaten annehmbare Basis stelle.*[46] Die Projektanten gaben vor, die Quadratur des Kreises sei geglückt, nämlich die Anliegen der einzelnen Könige und Fürsten in den Partikularstaaten und der Liberalen und Demokraten im Deutschen Nationalverein durch eine ausgefuchste Verknüpfung ihrer Wünsche unter einen Hut bekommen zu haben. Barral erfaßte das rückwärtsgewandte Wesen dieser Konstruktionen von Anfang an und schrieb schon am 23. September 1859 nach Turin: […] *daß Herr von Beust eine derartige Frage aufgreift, bekräftigt nur immer mehr die bestehende Meinung, daß man sich in den Regierungskreisen der Sekundärstaaten viel mehr darauf vorbereite, gegenzuhalten, als Zugeständnisse zu machen.*

Turins Gesandter in Frankfurt brachte sowohl dem Aufstieg des Nationalvereins als auch dem Verlauf der Mittelstaatenkonferenzen verständlich großes Interesse entgegen, denn beide besaßen Bedeutung für die korrekte Beurteilung des Bedrohungspotentials für den werdenden Nationalstaat auf der Apenninenhalbinsel. Hieraus resultierte die Überzeichnung der Kraft des Nationalvereins, die seit der zweiten Hälfte des Jahres 1860 gelegentlich groteske Züge annahm. Am 29. November 1860 beispielsweise meldete Barral nach Turin: *Der deutsche Nationalverein, der mit ganzer Kraft die Sehnsucht nach Einheit kundgibt und der seine Anhänger in Deutschland nicht mehr nach wenigen Tausend, sondern nach Millionen zählt,*[47] sei inzwischen so stark, daß die Regierungen der Mittelstaaten befürchteten, wenn sie Österreich in Italien militärisch beistünden, *während der Abwesen-*

---

[46] Beust an Nostitz, Dresden, 14. 10. 1859, Abschrift der vier Münchener Piecen (betr.: Mittelstaatenkonferenz München, 19.–23. 9. 1859); hier Nr. 1[a], SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 115.

[47] Meßbar ist nur die Zahl der Mitglieder des Deutschen Nationalvereins: September 1860 = 5 369; August 1861 = 15 227; Oktober 1862 = 25 325. Die letzte Zahl wurde in den folgenden Jahren nicht wieder erreicht. Südlich der Mainlinie war der Deutsche Nationalverein nur schwach vertreten. Vgl. GERT FESSER, Deutscher Nationalverein 1859–1867, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. von Dieter Fricke, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 201–215, hier S. 201.

heit ihrer Truppen möglicherweise selbst durch die [nationale] *Revolution gestürzt zu werden.* Oder am 11. Januar 1861: *In Deutschland gibt es keine Kleinstadt und keine Gemeinde mehr, die nicht ihr liberales Komitee hätte,* […]. Akute Gefahr für die Herrschaft in den Mittelstaaten bestehe zwar noch nicht, der Explosionsstoff sei aber bereits angehäuft und es fehle nur noch der Funke, um alles zur Entladung zu bringen. Unbezweifelt bleibt, daß die öffentliche Meinung Wasser auf die Mühlen des Nationalvereins leitete. Einen zweiten Zufluß meinte Barral in der preußischen Obrigkeit entdeckt zu haben (2. 9. 1860; 11. 1. 1861). Hier übertrug er wohl, ohne die erforderliche Distanz gegenüber seinen (meistens preußischen) Informanten zu wahren, das Beispiel der Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Königreichs Sardinien und der Società Nazionale auf die ungleichen Verhältnisse in Preußen. Die Berliner Regierung verhielt sich gegenüber dem Nationalverein günstigstenfalls abwartend und versagte sich jeder Verkoppelung mit irgendwelchen Kundgebungen dieser Organisation.

Die viel zu hoch gestimmten Lobgesänge auf den Nationalverein – und damit verbunden auf Preußens liberale Gesinnung – finden sich bei Barral wiederholt in unmittelbarer Nähe zu seinen Informationen über die Konferenzen der Mittelstaaten. Die kaum zufällige Verkettung setzte die potentiellen Gefahren herab, die namentlich von Veränderungen an der Militärverfassung des Deutschen Bundes für Italien heraufziehen konnten. Ein typisches Beispiel bot die erhebliche Aufmerksamkeit, mit der Barral die Diskussionen zu diesem sensiblen Gegenstand auf den Zusammenkünften der Ministerpräsidenten bzw. der Fachminister mehrerer Mittel- und einiger weniger Kleinstaaten in München (19.–23. 9. 1859), Würzburg (23. 11.–4. 12. 1859) und noch einmal Würzburg (30. 7.–6. 8. 1860) verfolgte. Die conditio sine qua non aller Vorschläge, die zum erheblichen Teil auf Beust zurückgingen, bildete die uneingeschränkte Wahrung der militärischen Selbständigkeit als eines unverzichtbaren Elements fürstlicher Souveränität. Unter dieser Voraussetzung sollte – neben die beiden bereits existierenden Heeresverbände des Deutschen Bundes, d. h. den österreichischen bzw. den preußischen – ein gemischter dritter Verband aus Korps der verschiedenen Mittel- und Kleinstaaten gestellt werden, und zwar unter einem gemeinsamen Oberbefehlshaber, mit ständigen Korpskommandanten, einheitlichem Reglement und gleichartiger Ausrüstung und Bewaffnung.[48] In seinem Bericht vom 5. Dezember 1859 beruhigte Barral die verantwortlichen Staatsmänner in Turin: *Es ist leicht zu erkennen, daß alle diese Pläne noch sehr vage sind und mit allem Ernst verfolgt werden müssen. Abgesehen von den nationalen Egoismen, die sofort ins Spiel kämen, wenn die beiden* [geplant waren tatsächlich vier] *Armeekorps aufgestellt und die Abteilungen unter den Sekundärstaaten aufgeschlüsselt werden, würde die Vereinheitlichung von Waffen und Munition einen vollständigen Umbruch im gegenwärtig vorhandenen Mate-*

[48] Der Vorschlag gelangte in die Bundesversammlung 1859 (wie Anm. 21), 32. Sitzung vom 20. 10. 1859, Paragraph 280, S. 734–736.

rial erfordern, wobei derartig hohe Kosten entständen, daß sie der Haushalt der einzelnen Staaten unter gar keinen Umständen tragen könnte. Es kam so, wie es Barral prognostiziert hatte, und zwar aus zwei Gründen. Erstens gelang es den Mittelstaaten nicht, sich auf einen Oberbefehlshaber für den dritten, den mittel- und kleinstaatlichen Truppenverband zu einigen. Damit geriet die Würzburger Vereinbarungspolitik in eine existentielle Krise.[49] Und zweitens schlug Preußen eine Zweiteilung des Oberkommandos im Deutschen Bund vor (4. 1. 1860), bei der Berlin den hegemonialen Zugriff auf das gesamte, also auch auf das mittel- und kleinstaatliche Militärpotential im Norden beanspruchte und Wien den Süden überlassen wollte. Dagegen mußte sich Österreich stemmen, wollte es nicht das halbe Deutschland und jegliches Ansehen als Schutzmacht der Mittelstaaten preisgeben.[50] Als Barral am 4. Mai 1860 auf die Würzburger Konferenz vom Jahresende 1859 zurückblickte und danach vorausschaute auf die bevorstehende Veranstaltung (Würzburg, 30. 7.–6. 8. 1860) konnte er ganz entspannt formulieren: *Völlig abgehoben von der Situation* [die tatsächlich in Deutschland besteht]*, bauen die Mittelstaaten auf ihren Würzburger Konferenzen Traumschlösser. Nichts von dem, was sie vorgeschlagen haben, um sich mit der öffentlichen Meinung in Deutschland auszusöhnen, ist auch nur ansatzweise zur Ausführung gekommen, alles ist im Zustand der Planung geblieben;* […]. Die farbigen Sprechblasen der Akteure in Würzburg blähten sich für Augenblicke und zersprangen, ohne Aufsehen zu erregen.

III.

Am 21. Januar 1860 übernahm Camillo Cavour erneut die Führung der sardischen Politik als Ministerpräsident in Turin. Das Königreich faßte wieder festen Tritt auf dem Weg der Vereinigung Nord- und Mittelitaliens unter der Krone des Hauses Savoyen. Nach Absprache mit dem Kaiser der Franzosen veranstaltete die Turiner Regierung in der Emilia, in der Romagna und in der Toskana Plebiszite (11./12. 3. 1860), die dem Anschluß dieser Länder an Sardinien-Piemont den Schein der Legalität verliehen. Napoleon III. argumentierte daraufhin öffentlich, die Entstehung eines starken Nachbarstaates jenseits der Alpen erfordere zusätzliche Garantien für Frankreichs Sicherheit. Gemäß den Absprachen, die er mit Cavour getroffen hatte, annektierte Frankreich Savoyen und Nizza (Plebiszite vom 15. und 22. 4. 1860).

---

[49] Vgl. FLÖTER, Beust (wie Anm. 45), S. 315.

[50] Ein halbes Jahr später, am 1. Juli 1860, schrieb Barral nach Turin: *Wenn der König von Bayern und die anderen Souveräne der Mittelstaaten, angesichts des Vertrauens, das sie in Österreich setzen, die Eingliederung ihrer Truppen in seine [d. h. Österreichs] Armee durchaus nicht ablehnen [?], wollen im Gegenzug die Könige von Sachsen, Hannover und die anderen Fürsten des Nordens, die in ständiger Angst vor Preußen leben, um keinen Preis über eine Verbindung sprechen[!], die sie als einen echten Schlag gegen ihre Souveränität und als einen ersten Schritt zu ihrer Mediatisierung betrachten.*

Österreich legte am 29. März 1860 beim Deutschen Bundestag Protest gegen die Verletzung aller europäischen Verträge von Wien (9. 6. 1815) bis Zürich (10. 11. 1859) ein und *reservierte sich ausdrücklich alle* [dort vertraglich] *garantierten Rechte.*[51] De facto bestand indessen für eine Rückgewinnung verlorener Territorien auf der Apenninenhalbinsel keine Aussicht mehr.[52] Preußen bewegten in diesem Zusammenhang andere Sorgen! Der Prinzregent wies seinen Außenminister am 26. März 1860 an, die französische Annexion von Savoyen und Nizza öffentlich zu mißbilligen, weil Preußen *diesen Ausspruch braucht, um dereinst beim linken Rheinufer-Gelüste sich auf denselben zu berufen. Finden wir keine Unterstützung bei den anderen Staaten, so wird Preußen das Schwert nicht für Savoyen ziehen,* […].[53] Nicht der Gebietsschacher stieß in Berlin auf. Die Begründung, die Paris ihm gab, bildete das corpus delicti. Nach der Annexion von Savoyen und Nizza festigte sich in Deutschland die Überzeugung, daß es im kommenden Jahr Krieg mit Frankreich am Rhein geben werde.[54] Sowohl auf preußischer als auch auf österreichischer Seite entstand Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Die Mittelmächte, voran Bayern, ergriffen eigene Initiativen, um die den Deutschen Bund überwachsende Existenzkrise zu bewältigen. Am 26. und 27. Juli 1860 trafen sich Ihre Majestäten, der Kaiser von Österreich und der Prinzregent von Preußen, im böhmischen Teplitz. Die Aussicht, es könne tatsächlich zu einer Aussöhnung zwischen den beiden Großmächten des Deutschen Bundes kommen, beinhaltete viele Unwägbarkeiten für die italienische Nationalbewegung und löste folgerichtig gesteigerte Erregung in Turin aus. In dieser unübersichtlichen Situation traf Barral zutreffende Voraussagen. Noch vor dem österreichisch-preußischen Gipfel gab er am 1. Juli 1860 Entwarnung: *Die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich, die zu einer Verständigung führen sollen, werden mit großem Eifer betrieben. Obwohl mittlerweile alle von der Möglichkeit, ja sogar von der Wahrscheinlichkeit einer Verständigung über die Bundesfragen ausgehen, ist man sehr geneigt zu glauben, daß das Einvernehmen, das diese Verhandlungen hervorbringen, mehr scheinbar als real sein wird* […]. In dem hier zitierten Bericht vom 1. Juli 1860 markierte Barral auch sehr exakt die beiden Hauptpunkte, über die sich Österreich und Preußen stritten. Es handelte sich zunächst um die eben

---

[51] Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 12. Sitzung vom 29. 3. 1860, Paragraph 111, S. 219–220, 224. – Barral kommentierte die Debatte mit den Worten: *keine große Bedeutung beizumessen.* (29. 3. 1860).

[52] Romeo sieht das Ende jeglicher Chance, österreichische Besitzstände in Italien zu restaurieren, erreicht, als die französische Regierung am 1. 1. 1860 den für den 19. 1. 1860 einberufenen Kongreß zur Regelung der italienischen Angelegenheiten sine die absagt. Vgl. ROMEO, Cavour (wie Anm. 38), S. 668.

[53] Prinzregent an Schleinitz, Berlin, 26. 3. 1860, in: APP, Bd. 2, Tl. 1, Nr. 117, S. 266.

[54] Vgl. Barral, 6. 3. 1860; 2. 4. 1860. – Der österreichische Gesandte am sächsischen Hof, Josef von Werner, zitierte Beust in seinem Bericht aus Dresden nach Wien vom 13. 6. 1860: *Ich gebe noch ein Jahr höchstens als Frist bis zum Angriffe Frankreichs auf Deutschland;* Quellen zur deutschen Politik Österreichs (wie Anm. 18), Nr. 154, S. 243.

angesprochene Reform der Militärverfassung. Barral hielt es für *schwierig, zwischen dem Anspruch Preußens und dem Widerstand der kleinen Staaten einen Mittelweg zu finden, der die Interessen aller berücksichtigt.* Und auch das zweite Hindernis, über das die Verhandlungen zwischen Wien und Berlin nicht hinwegkommen sollten, beschrieb Barral den Adressaten in Turin genau: *Als Zugabe zu der zu vermittelnden Übereinkunft zwischen den beiden Großmächten würde Österreich gern von Preußen die gegenseitige Garantie ihrer außerhalb des Deutschen Bundes liegenden Besitzungen erhalten. Wenn sich auch einige Unsicherheiten in die diesbezüglichen Überlegungen des Prinzregenten einschleichen konnten, weil er seine rheinischen Besitzungen für bedroht hielt, so glaubt man heute, daß diese Unsicherheiten durch die Begegnung* [mit Napoleon III.] *in Baden* [16.6.1860] *vollständig zerstreut worden sind und der Prinzregent keinerlei Grund mehr hat, ein so gefährliches Engagement, noch dazu ohne die geringste Kompensation von Seiten Österreichs, auf sich zu nehmen.* (1. 7. 1860) Barrals Informationen decken sich exakt mit dem, was wir über die diplomatische Vorbereitung der Begegnung in Teplitz wissen. Im Promemoria des preußischen Außenministeriums vom 20. Juli 1860 empfehlen die Diplomaten dem Prinzregenten, Österreich Preußens Hilfe in Venetien erst dann zuzusagen, wenn Preußen durch österreichische Zugeständnisse dazu instand gesetzt wird. Und weiter: *Es liegt am Tage, daß es uns in dieser Beziehung vor allem auf die Durchführung der von uns in bezug auf die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung gemachten Vorschläge ankommt.*[55] Der preußische Gesandte in Wien, Josef von Werther, berichtete seinem Außenminister Alexander von Schleinitz am 22. Juli 1860, wie der österreichische Ministerpräsident Rechberg die Eröffnung des Promemorias aufgenommen habe: *Er sagte mir offen, sie betrübe ihn, weil er daraus zu seinem Bedauern entnehme, daß bei uns sich noch immer nicht das wahre und dringende Bedürfnis nach einer innigen Allianz fühlbar mache,* […].[56]

Das Urteil Barrals vom 1. Juli 1860 stellte eine wichtige Entscheidungshilfe für die Turiner Politik dar. Denn das Risorgimento trat in eine neue Entwicklungsphase ein, deren Ziel und Methode über die Grenzen hinausführte, die Cavour abgesteckt hatte. Am 11. Mai 1860 waren freiwillige Alpenjäger unter dem Kommando Giuseppe Garibaldis im aufständischen Sizilien gelandet. Am 6. Juni eroberten sie Palermo, setzten am 18. August auf das Festland über und erreichten am 7. September 1860 Neapel, die Hauptstadt des Königreichs Beider Sizilien. Die Demokraten forderten die Liberalen heraus. Die Alternative: Monarchie (im Norden) oder Republik (im Süden) gewann deutlich sichtbare Konturen. Cavour mußte den Fehdehandschuh, den Garibaldi in den Ring geworfen hatte, aufgreifen. Am 11. September 1860 setzte er die piemontesische Armee in Marsch Richtung Süden. Mühelos eroberte sie die kirchenstaatlichen Regionen Umbrien und

---

[55] APP, Bd. 2, Tl. 1, Nr. 224, S. 552.
[56] Ebd., Nr. 226, S. 557.

Marken. Dem Papst blieb von seinem weltlichen Besitz nur noch Latium mit der Hauptstadt Rom. Ancona, der militärisch am besten befestigte Punkt im Kirchenstaat, fiel aus dem Rahmen. Die Festung kapitulierte erst, nachdem sie see- und landseitig eingeschlossen war (20. 9. 1860), vor der überlegenen sardischen Artillerie (29. 9. 1860).

Am 21. September 1860 informierte das Königreich Sardinien-Piemont den Bundestag in Frankfurt von der Belagerung Anconas, wozu dieser nach der Sommerpause, als die Auseinandersetzungen im Kirchenstaat längst zu Ende gekommen und unerschütterliche Tatsachen geschaffen waren, Stellung nahm.[57] Barral berichtete am 28. Oktober 1860 nach Turin: Herr von Nostitz *hat als erster das Wort ergriffen und sich mit äußerst heftigen Ausdrücken gegen die Politik der Regierung des Königs* [Viktor Emanuels II.] *gewandt,*[…].

Das Auftreten Nostitzens entsprach ganz und gar den Weisungen, die er aus Dresden erhalten hatte. Beust hielt es, mit ausdrücklicher Billigung König Johanns, für unwürdig, die Turiner Anzeige der Blockade Anconas zu ignorieren. Er bestand am 16. Oktober 1860 auf einer Zurückweisung der Note und beauftragte von Nostitz, diese beim Präsidenten der Bundesversammlung zu erwirken, *nötigenfalls aber eine Abstimmung im obigen Sinne zu Protokoll* [zu] *geben.* Schließlich handle es sich um einen *unerhörten Friedensbruch und eine Verletzung des Völkerrechtes … wie die Geschichte deren kaum eine ähnliche aufzuweisen hat.*[58] Nachdem Barral Sachsen in seinem Bericht vom 28. Oktober 1860 herausgehoben hatte, setzte er fort: *Die meisten Vertreter der Sekundärstaaten haben sich zwar in ihrer Wortwahl nicht der Heftigkeit des Ministers Sachsens angeschlossen, aber darauf bestanden, der Regierung des Königs* [Viktor Emanuels II.] *einen Tadel in Beantwortung ihrer Mitteilung* [an den Deutschen Bundestag] *auszusprechen.* Österreich teilte lediglich mit, daß es die Handlungen der sardischen Regierung *nicht anzuerkennen vermag, die nur unter Mißachtung aller Grundsätze des Völkerrechts unternommen werden konnten.*[59] Preußen bedauerte das Geschehene und verwies darauf, daß die nachfolgenden Ereignisse in rasendem Tempo über das Recht hinweggegangen seien.[60] Nach allgemeiner „Mißbilligung" der Hand-

---

[57] Vgl. Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 27. 10. 1860, Paragraph 215, S. 434–435.

[58] Beust an Nostitz, Dresden, 16. 10. 1860, SächsHStA Dresden, Bundestagsgesandtschaft 117; und zur Ausführung des Auftrags: Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 27. 10. 1860, Paragraph 215, S. 434.

[59] Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 27. 10. 1860, Paragraph 215, S. 434. – Rechberg wies Kübeck, Wien, 14. 10. 1860, an: *Übrigens wollen Euer Hochwohlgeboren in dieser Sache nicht anders als in vollem Einvernehmen mit Ihrem preußischen Herrn Kollegen handeln;* HHStA Wien, P. A. II, Kt. 30. Dies ist ein zwar marginales, aber typisches Beispiel für Rechbergs Bemühen um den Ausgleich mit Preußen auf Kosten der Mittelstaaten.

[60] Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 27. 10. 1860, Paragraph 215, S. 434. – Später tadelte der Prinzregent die Zurückhaltung Usedoms in der Bundesversammlung. Dieser verteidigte sich bei Schleinitz, Frankfurt, 8. 12. 1860: *Extravaganzen und*

lungsweise der sardischen Regierung beschloß die Bundesversammlung, *daß die vorliegende* [sardische] *Note* [vom 21.9.1860] *ohne die sonst übliche Beantwortung zu lassen sei.*[61]

Nach der Besetzung Umbriens und der Marken zwang Cavour den lorbeerbekränzten Volkshelden Giuseppe Garibaldi, das von seinen opfermütigen Rothemden eroberte Königreich beider Sizilien in die Hände Viktor Emanuels II., des Königs von Sardinien, zu legen und seine Freiwilligenarmee aufzulösen. Nach Plebisziten im Königreich Beider Sizilien (21. 10. 1860) sowie in Umbrien und den Marken (4. und 5. 11. 1860) annektierte Sardinien-Piemont auch diese Gebiete. In bourbonischer Hand befanden sich noch einige Festungen (Gaeta, Messina, Civitella del Tronto), die die mauerbrechende Artillerie des Heeres und der Flotte der sardischen Streitkräfte erst im Februar 1861 zur Kapitulation zwingen konnte. Als Frankreich den letzten Bourbonenkönig, Franz II., der sich in der Seefestung Gaeta verschanzt hielt, fallenließ, gab auch Österreich klein bei. Im Nachtrab beschränkten sich die deutschen Mittelstaaten auf lahme Lippendienste und symbolische Handlungen. Der sächsische Gesandte am „Hofe" Franzens II., Bogislaw Kleist vom Loss, mußte auf Weisung König Johanns mit dem Restbestand des Diplomatischen Korps (Österreich, Spanien, Bayern, Kirchenstaat) bis zur Abreise der königlichen Familie aus Gaeta in der belagerten und bombardierten Festung ausharren, um die *heilige Sache der Legitimität* und die Moral der neapolitanischen Truppen durch seine Anwesenheit hochzuhalten.[62] In Dresden sammelte König Johann derweilen an deutschen Fürstenhöfen Geld für den bedrängten Monarchen in Gaeta. Mit *geringem Erfolg*, wie Beust am 10. Dezember 1860 Kleist mitteilen mußte. Nur der Großherzog in Schwerin (20 000 Franken) und der Herzog in Nassau (6 000 Franken) stockten die Summe von 20 000 Franken, die König Johann gestiftet hatte, auf.[63] In den Augen Barrals *streiften* [diese und andere vergleichbare Aktionen] *den Rand des Lächerlichen.* (7. 11. 1860)

Die *fieberhafte Überreizung* (Barral, 28. 10. 1860) des sächsischen Gesandten in Frankfurt erklärte sich, ebenso wie diejenige anderer Vertreter am Deutschen Bundestag, zuerst damit, daß sie *in dem, was gegenwärtig in Italien geschieht, die Vorzeichen ihres kommenden Schicksals zu sehen glauben* (28. 10. 1860). Es läßt sich

---

Unhaltbarkeiten, wie sie das sächsische Votum darbietet, dürfen von einem Staat wie Preußen weder nachgeahmt noch beneidet werden. Zu dieser Information vgl. Schleinitz an Werther, Berlin, 15. 10. 1860, APP, Bd. 2, Tl. 1, Nr. 269, S. 682, Anm.

[61] Bundesversammlung 1860 (wie Anm. 21), 26. Sitzung vom 27. 10. 1860, Paragraph 215, S. 451.

[62] Vgl. die Berichte Kleists an Beust, Gaeta, 12. 11. 1860, 24. 11. 1860, 18. 1. 1861 und 7. 2. 1861 und das Telegramm Beusts an Kleist, Dresden, 30. 1. 1861, SächsHStA Dresden, Außenministerium 3131. – Ausführlicher dazu: DIETMAR STÜBLER, Sachsen und die Formierung des italienischen Nationalstaats. Kleist vom Loss als königlich-sächsischer Diplomat in Florenz (1858/59), Neapel/Gaeta (1859/61) und Rom (1864), in: Comparativ 5/6 (2001), S. 207–235, hier S. 219–224.

[63] Vgl. Beust an Kleist, Dresden, 10. 12. 1860 (Entwurf), SächsHStA Dresden, Außenministerium 3132.

auch mit den Worten des österreichischen Gesandten am Dresdner Hof, Josef von Werner, sagen, der am 8. November 1860 über ein Gespräch mit Beust nach Wien schrieb: *Es ist natürlich, daß der Geist der Revolution, der von den Tuilerien ausgehend dermalen über Europa weht, jetzt auch dieses bis itzt so ruhige und glückliche Land nicht unbesucht läßt, zumal da er, wie Herr von Beust zu wissen glaubt, durch äußere, aus Preußen und Thüringen kommende Einflüsse mächtig angefacht wird.*[64] Und wenn beide darüber nachdachten, wie man der Revolution nachhaltig entgegentreten könnte, stießen sie übereinstimmend auf die *Unmöglichkeiten und Unübersteiglichkeiten, die dieses trostlose Zeitalter charakterisieren.*[65]

Der exzessive Eifer, den die sächsische Politik gegen die italienische Nationalbewegung richtete, fand in der von König Johann von Sachsen hochgehaltenen familiären Solidarität eine weitere Grundlegung. Eine Tochter des Monarchen, Prinzessin Anna († 1859), hatte den designierten Großherzog von Toskana, Ferdinand IV., geehelicht, weshalb sich Johann dem Hause Habsburg-Lothringen in besonderer Weise verbunden fühlte. Nach der Flucht der großherzoglichen Familie aus Florenz (27. 4. 1859) trat Ferdinand IV. als nomineller Großherzog von Toskana das väterliche Erbe an (21. 7. 1859). Die Proteste gegen sein – von ihm als Unrecht empfundenes – Schicksal richtete er von Dresden aus an die europäischen Mächte und an die Deutsche Bundesversammlung in Frankfurt. Notwendigerweise fühlte sich Sachsens Gesandter besonders herausgefordert, die Interessen Ferdinands zu vertreten.[66]

Die sächsischen Überreaktionen gegenüber dem Risorgimento standen schließlich auch im Zusammenhang mit dem katholischen Glaubensbekenntnis der Wettiner. Am 3. Februar 1866 meldete der Erzbischof von Gnesen und Posen, Miečisław Ledochowski, Kardinalstaatssekretär Giacomo Antonelli nach Rom: *Man versichert mir, daß der König von Sachsen sehr darunter leidet, von seiner Umgebung dazu gezwungen zu sein, das sogenannte Königreich Italien anzuerkennen.*[67] Und anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Pontifikats Pio Nonos schrieb Johann am 5. Juni 1871 eigenhändig – und in unmißverständlicher Distanzierung zu den offiziellen Glückwunschadressen – aus Pillnitz nach Rom: *Ich*

---

[64] Werner an Rechberg, Dresden, 8. November 1860, HHStA Wien, P. A. V, 25, Bl. 578. – Der Verweis auf Thüringen bezieht sich auf das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha. In Coburg befand sich der Sitz des Deutschen Nationalvereins.

[65] Werner an Rechberg, Dresden, 25. 11. 1860, HHStA Wien, P. A. V, 25, Bl. 612–613.

[66] Zum beängstigenden italienischen Beispiel und der Familiensolidarität des Hauses Wettin vgl.: THEODOR FLATHE, Geschichte des Kurstaates und Königreichs Sachsen, Bd. 3: Neuere Geschichte Sachsens von 1806–1866, Gotha 1873, S. 747.

[67] Archivio Segreto Vaticano (im folgenden: ASV), Segreteria di Stato, anno 1866, rubbrica 256, fascicolo 1, Bl. 23.

habe festes Vertrauen, daß sich die Hilfe des Himmels, die Unser Herr Jesus Christus der heiligen katholischen Kirche und dem Apostolischen Stuhl, auf dessen Fundament sie steht, versprochen hat, auch unter den gegenwärtigen Umständen als unbesiegbar erweisen und das schreckliche Geschehen dieser Zeit zu einem ruhmvollen und heilbringenden Ende führen wird; […].[68] Dieser Brief legt Zeugnis ab vom Mitgefühl des Königs mit dem persönlichen Leid des Papstes angesichts der Zumutungen und Kränkungen in Zusammenhang mit dem unabwendbaren Verlust der jahrtausendalten weltlichen Herrschaft des Papsttums während des Risorgimento.[69]

„Mit Gott für das Recht!" lautete ein Wahlspruch König Johanns. Am italienischen Beispiel treten die konservativ-reaktionären Konsequenzen in der Politik des Hauses Wettin und seines Ersten Ministers, des Freiherrn Ferdinand Friedrich von Beust, gegenüber den nationalen Bewegungen im allgemeinen und der italienischen Unabhängigkeits- und Einigungsbewegung im besonderen in ein schonungsloses, schmerzendes Licht.

IV.

Als nach einem Beschluß der Turiner Kammern das Königreich Italien gegründet und Viktor Emanuel II. zum König ausgerufen war (17. 3. 1861), bestand Barrals hauptsächliche Aufgabe in Frankfurt (und seit 1863 zusätzlich in Berlin) darin, für die diplomatische Anerkennung des neuen Staates zu werben.[70] England, Frankreich, Belgien, Griechenland, Portugal, Schweden und Dänemark vollzogen den Schritt schon 1861. Am Bundestag sperrte sich vor allem Österreich dagegen, dem *von Turin aus vollzogenen Kronen- und Länderraube eine förmliche Sanktion zu verleihen.*[71] Als Österreichs Präsidialgesandter in Frankfurt, Aloys Kübeck, durchzählte, mußte er konstatieren, daß sich für den Abbruch der diplomatischen

---

[68] ASV, Segreteria di Stato, Archivio particolare Pio IX 1131, Oggetti vari Sassonia.

[69] Kretzschmar schrieb: „[…] immerhin verdient Betonung, daß man in keiner Epoche seiner [Johanns] Regierungszeit von einer Beichtväterpolitik sprechen kann"; KRETZSCHMAR, Die Zeit König Johanns (wie Anm. 42), S. 111. Der Inhalt des Briefes schränkt die Gültigkeit dieses Urteils nicht ein. – In Sachsen lebten 1864 2 331 192 Menschen, von denen sich 2 279 882 zur evangelisch-lutherischen und nur 47 441 zur römisch-katholischen Kirche bekannten; vgl. Staatshandbuch für das Königreich Sachsen. 1867, hrsg. vom Statistischen Bureau im Ministerium des Innern, Dresden o. J., S. LXIX. Die politischen Konsequenzen waren Rom bewußt. Aus Wien schrieb der Pro-Nuntius, Kardinal Viale, an Kardinalstaatssekretär Antonelli am 18. August 1854 anläßlich der Thronbesteigung Johanns: *Er ist vom Katholizismus beseelt, aber: Er wird es nicht wagen, die* [katholische] *Kirche zu begünstigen, weil er befürchtet, auf den Widerstand der Protestanten zu stoßen.* (Ital.) ASV, Segreteria di Stato, anno 1855, rubbrica 277, Nr. 59305, Bl. 15.

[70] Vgl. dazu ausführlicher bei: STÜBLER, Sachsen (wie Anm. 62), S. 230–235 (mit dem Hinweis auf gedruckte und ungedruckte deutsche und italienische Quellen).

[71] Rechberg an Kübeck, Wien, 3. 3. 1861, HHStA Wien, P. A. II, Kt. 30.

Beziehungen des Bundes zu Italien keine Mehrheit fand. Gezwungenermaßen übte er sich in Spiegelfechtereien: Barral dürfe am Bund weder den angemaßten Titel noch das entsprechende Siegel verwenden.[72] Barral, der erkannte, daß die Verweigerungshaltung einzig und allein in Österreichs Interesse lag (13. 6. 1861), meinte voller Optimismus, das Problem werde sich lösen, sobald Preußen – wie stets schleppend in der Entscheidung[73] (14. 10. 1861) – das Königreich Italien anerkannt habe (13. 6. 1861). Derart greifbar war das Ziel allerdings nicht. Zwar anerkannte Preußen das Königreich Italien am 21. Juli 1862, doch die Mittelstaaten blieben – jedenfalls überwiegend– vorerst in der österreichischen Spur. Noch am 25. März 1865 tönte Beust, Sachsen werde Italien als letzter Bundesstaat und nur in Gemeinschaft mit den anderen anerkennen.[74] Doch lange hielt der Schwur nicht mehr. Preußen bereitete den Krieg gegen Österreich vor und des Königs Generäle hielten ein *aktives Vorgehen Italiens* gegen Österreich für eine *unerläßliche Bedingung.*[75] Bismarck, seit dem 23. September 1862 preußischer Ministerpräsident, spannte die Brücke nach Italien gestützt auf die wirtschaftlichen Interessen. Die Regierung unter Alfonso La Marmora kam entgegen. Sie sah im Abschluß eines Handelsvertrags mit den Staaten des Deutschen Zollvereins die Chance, alle Mitgliedsstaaten zu zwingen, Italien diplomatisch anzuerkennen. Am 31. Dezember 1865 unterzeichneten zunächst Preußen, Bayern, Sachsen und Baden auf der einen, Italien auf der anderen Seite den Handelsvertrag mit einem von Barral ausformulierten Schlußprotokoll, das die diplomatische Anerkennung Italiens beinhaltete. In den folgenden Wochen legte Preußen mit durchschlagendem Erfolg nachhelfende Hand an die noch immer zögernden deutschen Staaten, bis auch sie dem Vertrag beitraten. Barral erlebte die Genugtuung, in Dresden sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter des Königreichs Italien König Johann zu überreichen (2. 4. 1866). Kaum zurückgekehrt in seine Berliner Residenz unterzeichneten Preußen und Italien am 8. April 1866 den gegen Österreich gerichteten Militärvertrag, ein Angriffsbündnis, das Italien eine Möglichkeit eröffnete, Österreich Venetien zu entreißen. Im ‚Deutschen Krieg' zwischen Preußen und Österreich (16. 6.–26. 7. 1866) stellte sich Sachsen wie alle anderen Mittelstaaten an die Seite Österreichs. In der Schlacht bei Königgrätz (3. 7. 1866) fielen die Würfel zu Preußens Gunsten. Sachsen mußte dem Norddeutschen Bund beitreten und verlor die Kernbestandteile seiner Souveränität. An einigen anderen Mittelstaaten, unter

---

[72] Vgl. Rechberg an Kübeck, Wien, 3. 3. 1861; 31. 3. 1861; 10. 4. 1861; 20. 4. 1861; 27. 4. 1861, HHStA Wien, P. A. II, Kt. 30.

[73] Nipperdey schrieb: „Das Lebensgesetz der Politik der Neuen Ära war, die Machtfrage nicht zu stellen; ‚nur nicht drängen' war die Parole, denn man wollte den König nicht ins Lager der Konservativen treiben." THOMAS NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1994, S. 699.

[74] Werner an den österreichischen Außenminister Alexander Mensdorff-Pouilly, HHStA Wien, P. A. V, 32, Bl. 151–152.

[75] Aufzeichnung Helmuth von Moltkes, Chef des preußischen Generalstabs, in der Sitzung des Kronrats, 28. 2. 1866, in: APP, Bd. 6, Nr. 500, S. 618.

ihnen Bayern, ging der Kelch noch einmal vorüber – um sogleich zurückzukommen. Am 18. Januar 1871 ließ der badische Großherzog Friedrich auf einer deutschen Fürstenversammlung im Spiegelsaal des Versailler Schlosses König Wilhelm I. von Preußen als „Kaiser Wilhelm" hochleben. Das Deutsche Reich war gegründet. „Die Deutschen empfanden wie die Italiener und all die Nationen des Ostens und Südostens einen Nachholbedarf, der galt dem Nationalstaat […] Die Überwindung nationalstaatlicher Einseitigkeit ist offenbar erst möglich geworden, wo nationalstaatliche Ordnung existierte und konsolidiert war."[76]

[76] Nipperdey, Der deutsche Föderalismus (wie Anm. 43), S. 17.